

Frankreich und Deutschland zwischen Europa-Illusion und -Wirklichkeit

Depuis la première heure, la France et l'Allemagne considèrent l'unification européenne comme une priorité. A l'origine, la France entendait avant tout contrôler l'Allemagne par la voie de l'intégration, tandis que l'Allemagne, pour sa part, ambitionnait essentiellement d'être reconnue par la Communauté internationale comme un Etat souverain et égal. C'est en optant pour le compromis et les concessions mutuellement avantageuses qu'elles sont parvenues à faire pleinement valoir leurs intérêts nationaux respectifs, ainsi que ceux de l'Europe.

Ce faisant, elles ont souvent été amenées à jouer un rôle pionnier en Europe et ont permis de renforcer la cohésion de l'Union, ainsi que de décupler ses potentiels et ceux du continent. En dépit d'appréciations et de points de vue très souvent divergents quant au rôle de l'Europe, les avancées ainsi réalisées, parmi d'autres, ont permis de balayer des objectifs illusoire et de saisir ensemble des opportunités réalistes. Si, de part et d'autre, il subsiste de nombreux espoirs inassouvis et attentes déçues vis-à-vis de l'Europe, la France et l'Allemagne ne cesseront de réaliser leurs plus grandes avancées au sein de l'Europe et avec l'Europe.

Anfänge des europäischen Zusammenschlusses sowie die Rolle Frankreichs und Deutschlands

In einem der auflagenstärksten Wörterbücher der Politikwissenschaft wird zur ‚Europäischen Union‘ und der Rolle der beiden Nachbarstaaten am Rhein in ihr u. a. ausgeführt:

Die EU ist das in ständiger Weiterentwicklung begriffene Ergebnis (west-)europäischer Integrationspolitik, also der auf eine dauerhafte und organisierte Kooperation oder gar auf einen engeren Zusammenschluß europäischer Staaten zielenden Bemühungen. Die EU stellt sich als ein vertraglich begründeter Verbund von ursprünglich sechs, inzwischen 27 Staaten dar. Dieser Verbund hat sich aus bescheidenen Anfängen einer Sektor-Integration, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, zu einem Gebilde weiterentwickelt, dessen Tätigkeitsspektrum sich stark ausgeweitet hat; das über ein sich immer mehr ausdifferenzierendes Entscheidungssystem verfügt; das während der tiefgreifenden Veränderungen in Europa nach 1989 nicht nur als feste Größe erhalten blieb, sondern sich durch weitere Vertiefung [...] und Erweiterung [...] fortentwickelte und das sich anschickt, sich

mit einer ‚Verfassung‘ eine neue Grundordnung zu geben, die die bisherigen Verträge ablösen soll.¹

Zu den Zielen des europäischen Zusammenschlusses zählten u. a. die Sicherung von Frieden und Freiheit, Schutz vor sowjetischen Expansionsbestrebungen, die Etablierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zusätzlich wurden die Integrationsbestrebungen mit spezifischen nationalen Anliegen verknüpft, z. B. dem französischen Sicherheitsbedürfnis gegenüber Deutschland, während „die Bundesrepublik Deutschland ihre Beteiligung als eine unerlässliche Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage im Einvernehmen mit ihren Nachbarn“ verstand.²

Die Impulse, aus der Vielfalt der nationalen Bestrebungen eine neue, übergeordnete Einheit in Europa zu schaffen, gingen nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges u. a. davon aus, dass der Nationalismus als Quelle von Kriegen zu überwinden sei und ein umfassender Wirtschaftsraum den Wiederaufstieg fördern sowie gemeinsame Sicherheitsanstrengungen den Schutz vor äußeren Bedrohungen ermöglichen sollten. Hinzu kamen als Ziele, „sich durch einen Zusammenschluß gegenüber den Welthegemonialmächten USA und Sowjetunion zu behaupten sowie die Lösung der deutschen Frage, d. h. ein System zu finden, das die Deutschen kontrollierte, ihnen gleichzeitig aber einen Platz in der Völkerfamilie garantierte“.³ Winston Churchill fasste in seiner berühmten Züricher Rede vom 19. September 1946 ins Auge:

Wir müssen so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen. [...] Der erste Schritt bei der Neugründung der Europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur auf diese Weise kann Frankreich die moralische Führung Europas wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland. [...] Bei der so dringenden Aufgabe der Bildung eines Europarates müssen Frankreich und Deutschland die Führung übernehmen.⁴

- 1 Hrbek, Rudolf: Europäische Union, in: Woyke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch internationale Politik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 96–121, hier S. 96 f.
- 2 Hrbek: Europäische Union, S. 97.
- 3 Woyke, Wichard: *Europäische Union – erfolgreiche Krisengemeinschaft. Einführung in Geschichte, Strukturen, Prozesse und Politiken*, München [u. a.]: Oldenbourg, 1998, S. 13.
- 4 Zit. nach Woyke: *Europäische Union – erfolgreiche Krisengemeinschaft*, S. 12.

Der Zusammenschluss Europas: Aspekte eines deutsch-französischen Konsenses

a) Realistische Variante

In der Tat gab es trotz der krassen Unterschiede in der Ausgangslage – Frankreich war als ‚Gastsieger‘ (Alfred Grosser) des Zweiten Weltkrieges akzeptiert, Deutschland total ruiniert und dem Willen der vier Siegermächte unterstellt – durchaus eine breite Übereinstimmung in Bezug auf einen europäischen Zusammenschluss.

Als realistisch galt bei allen Staaten, durch große gemeinsame Anstrengungen endgültig Frieden auf dem Kontinent zu schaffen, Beiträge zum ökonomischen Wiederaufstieg zu leisten und zur Etablierung von Freiheit und Mobilität beizutragen. Allerdings verhinderte die brutale Unterwerfungspolitik der Sowjetunion in dem von ihr eroberten Teil Europas, dass die neuen kooperativen Impulse dem gesamten Kontinent zugute kamen. Die USA erkannten schnell, dass aus dem Partner während des Krieges ein expansiver Rivale um die Vorherrschaft in Europa geworden war. Sie förderten den Zusammenschluss im Westen mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen vor allem in den Bereichen Ökonomie, Politik und Kultur. Ihre Zielsetzungen bezüglich der Etablierung von Freiheit und Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stimmten weitgehend mit denen der europäischen Eliten überein. Diese verfolgten – häufig aus Widerstandsgruppen stammend, die Schrecken von Krieg, Vernichtung und Vertreibung vor Augen – umfassende Visionen, gepaart mit ausgeprägtem Realitätssinn bezüglich der Zukunft Europas. Später erwies es sich als „eine glückliche Fügung, dass mit dem französischen Außenminister Robert Schuman, dem italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gaspari und dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer drei Politiker in der politischen Verantwortung ihrer Länder standen, die von der Notwendigkeit und positiven Wirkung der europäischen Integration überzeugt waren.“⁵ Im Mai 1950 ergriff Robert Schuman die Initiative zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Mit der Schritt-für-Schritt-Vergemeinschaftung von Planung, Verwendung und Kontrolle dieser damals zentralen Industriezweige wurde von den Benelux-Staaten, Deutschland, Frankreich und Italien schon Anfang der 1950er Jahre ein kurz vorher noch völlig undenkbares Ausmaß an echter Integration erreicht. Der EGKS-Vertrag sah folgende gemeinsame Organe und Kompetenzen vor: Die Hohe Behörde (Vorgängerin der EU-Kommission) übte die Exekutivrechte aus, die gemeinsame Versammlung (Vorläuferin des EU-Parlaments) bildete die Kontrollinstanz.

5 Harth, Thilo/Woyke, Wichard: *Die Europäische Union konkret. Nachgefragt in zwölf Kapiteln*, Opladen [u. a.]: Budrich, 2008, S. 14.

Die politischen Richtlinien- und Legislativrechte übte der elfköpfige Ministerrat aus. Ein ebenfalls elfköpfiger Gerichtshof wachte über die Vertragsauslegung. Damit war erstmals eine supranationale Einrichtung geschaffen, deren Entscheidungen über den nationalen standen.⁶

Mit der Vorgehensweise, über Sektorintegration Schritt für Schritt den europäischen Zusammenschluss weiter voranzutreiben, hatten die Vertragspartner gleichzeitig erreicht, überkommene nationale Interessen und neue europäische Zielsetzungen miteinander in Einklang zu bringen.

So war das französische Interesse – u. a. Sicherheit vor Deutschland – durch die gemeinsame Kontrolle der Kohle- und Stahlindustrie gewährleistet. Und für die damals noch unter Besatzung stehende Bundesrepublik war die EGKS eine Möglichkeit zur Gewinnung von Souveränität und Gleichberechtigung. Gleichzeitig bildete die EGKS ein wichtiges Instrument der deutsch-französischen Aussöhnung.⁷

Alle an dem Projekt beteiligten Staaten nutzten die realistische Chance, zum einen ihre Wirtschafts- und Technologiepotenziale zu stärken und ihre nationalen Einflussmöglichkeiten im entstehenden europäischen Großraum zu steigern, zum anderen konnten traditionelle Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Abwehrkampf gegen die kommunistische Herausforderung durch den Zusammenschluss gemeinsam bewahrt werden.

b) Illusorische Versuche

Allerdings erwiesen sich keineswegs alle von Frankreich und Deutschland befürworteten Projekte zur gemeinsamen europäischen Problemlösung als ähnlich erfolgreich und zukunftsweisend wie die EGKS. Die Ideen z. B. von Europa als ‚Dritter Kraft‘ neben und zwischen den USA und der Sowjetunion oder eines ‚Dritten Weges‘ zwischen Kapitalismus und Kommunismus sowie das Konzept eines ‚Brücken-Europa‘ zwischen Ost und West wurden überall, besonders aus sozialdemokratischen, in Deutschland aber z. B. auch aus christdemokratischen Kreisen propagiert und erwiesen sich „im Nachkriegseuropa [als] populärer als jede andere politische Leitidee.“⁸ Es steigerten sich aber sehr schnell nach Kriegsende die Irritationen und Verstimmungen zwischen den Allianzpartnern der Anti-Hitler-Koalition zu offenen Auseinandersetzungen um Macht und Einfluss in Europa und zu dem auf allen Ebenen ausgetragenen Kalten Krieg. Ideen wie die Vermittlung zwi-

6 Harth/Woyke: *Die Europäische Union konkret*, S. 15.

7 Harth/Woyke: *Die Europäische Union konkret*, S. 15.

8 Vgl. zu Einzelheiten Pfetsch, Frank R.: *Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Prozesse*, München: Fink, ²2001, S. 20 f., das Zitat stammt von Loth, Wilfried: *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, München: dtv, 1980 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts 12), S. 194.

schen Ost und West, das Auffinden eines eigenen europäischen Weges jenseits der sich etablierenden Blocksysteme – wie sie in Frankreich und Deutschland u. a. von Widerstandsgruppen, linken Parteien und Kirchenverbänden vertreten wurden – hatten ab 1947–48 keine Chance mehr, realisiert zu werden.

Als ähnlich illusorisch erwies sich Anfang der 1950er Jahre der Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft ins Leben zu rufen. In ihr sollte unter Verzicht auf wichtige nationale Souveränitätsrechte in diesem besonders sensiblen Bereich die Schaffung supranationaler Organe und integrierter Kommandostrukturen erreicht werden. Unter dem nach Ausbruch des Korea-Krieges wachsenden Druck der USA auf Europa erfolgte im Mai 1952 in Paris die Unterzeichnung des EVG-Vertrages. Ziel war es aus französischer Sicht, unter möglichst minimalem Verzicht auf nationale Eigenständigkeit auf maximale Weise die entstehenden Militärpotenziale Deutschlands nutzen und sie gleichzeitig im Rahmen integrierter Behörden kontrollieren zu können. In der entspannten internationalen Situation nach Stalins Tod machte Paris in den Vertragsverhandlungen Konzessionen, die dann allerdings einer Koalition von politisch-gesellschaftlichen Kräften in Frankreich zu weit gingen. Dazu gehörten sowohl erhebliche Teile „der französischen Linken (Kommunisten, traditionelle Deutschland-Gegner) als auch der Rechten (Gaullisten, große Teile der französischen Industrie). Nachdem sich im Juni 1954 schon der Verteidigungsausschuss der Assemblée Nationale gegen die Ratifizierung des EVG-Vertrages ausgesprochen hatte, lehnte das französische Parlament am 30.8.1954 [...] eine Befassung mit dem Vertragstext ab. Auf diese Weise scheiterte die EVG.“⁹ Damit hatte es sich offensichtlich als Illusion erwiesen, dass Frankreich – wie alle anderen Mitgliedsstaaten auch – bereit gewesen wäre, für die Erhöhung der gemeinsamen europäischen Verteidigungsfähigkeit einen Preis in Form einer Souveränitätsbeschränkung zu zahlen.

Auch bei einem zeitlich sehr viel später liegenden Beispiel stimmten zwar Deutschland und Frankreich grundsätzlich darin überein, Kriege auf dem europäischen Kontinent ein für alle Mal unmöglich machen zu wollen. Alle Mitgliedsstaaten der EU standen ohne Einschränkung hinter dieser Zielsetzung, und dennoch erwies sie sich als Illusion. Der seit Anfang der 1990er Jahre von innerstaatlichen zu zwischenstaatlichen Kriegen eskalierende Balkankonflikt¹⁰ „machte exemplarisch deutlich: einzeln sind die EU-Staaten mit Krisenherden dieser Größenordnung hoffnungslos überfordert, und zwar nicht nur das kleine Luxemburg, sondern auch die großen Nationalstaaten wie Frankreich und Deutschland. Nicht einmal gemeinsam haben die Europäer diesen Konflikt in den Griff bekommen. Sie waren auf das aktive

9 Pfetsch: *Die Europäische Union*, S. 34.

10 Vgl. Hummer, Waldemar: Balkankonflikt, in: Woyke (Hg.): *Handwörterbuch internationale Politik*, S. 11–38.

Engagement der USA angewiesen.“¹¹ Neben dem nach dem Tod Titos (im Jahre 1980) aufbrechenden Hass zwischen den Volksgruppen in Jugoslawien, den ethnischen Gegensätzen und religiös-kulturellen Zerklüftungen im Land trug durchaus auch die französisch-deutsche Uneinigkeit dazu bei, dass der Krieg in diesem Teil Europas nicht verhindert werden konnte.

Frankreich hatte schon immer gute Beziehungen zu Serbien gepflegt. [...] Mitterrand sah in Serbien nicht den Aggressor, der für den Ausbruch des Konflikts verantwortlich zu machen war. Aus Frankreichs Sicht musste die Einheit des Bundesstaates Jugoslawien gewahrt bleiben. [...] Deutschland hingegen sah die Ursache des Konflikts [...] im Angriff der Serben auf andere Völker des Balkans. In Deutschlands Augen ging es dem serbischen Präsidenten Milosevic darum, die serbische Vorherrschaft auf dem Balkan zu sichern und ein ‚Großserbien‘ zu errichten.¹²

Aus diesen unterschiedlichen Einschätzungen ergab sich als Konsequenz für Deutschland, dass es bereits im Dezember 1991 als erstes Land die Unabhängigkeit der Republiken Slowenien und Kroatien diplomatisch anerkannte, um damit deren internationale Aufwertung zu bewirken. Dem folgten zögerlich die anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, ohne allerdings die während der ganzen 1990er Jahre währenden Kriege deeskalieren zu können. Als Konsequenz aus diesem Versagen hat sich nach dem Ende der Kriegshandlungen für die EU ergeben, dass den Staaten der Balkanregion eine Mitgliedschaftsperspektive eröffnet, die militärischen und zivilen Reaktionsfähigkeiten der EU auf Konflikte stark verbessert und Kooperation und Integration als Friedensmodell offensiv verbreitet werden sollten.¹³

Der Zusammenschluss Europas: Deutsch-französische Differenzen

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es einen sehr breiten Konsens darüber, dass durch den Zusammenschluss Europas Rivalitäten der Vergangenheit überwunden, der Wohlstand gemehrt und Entwicklungspotenziale gemeinsam gesteigert werden könnten. Wie unterschiedlich die Gründe für die Mitgliedschaft der Staaten in der Europäischen Gemeinschaft auch gewesen sein

11 Schild, Joachim: Europäischer Anspruch und nationale Differenzen: Frankreich, Deutschland und die EU in der Jugoslawienkrise, in: Harth, Thilo/Schild, Joachim (Hg.): *Nationalstaaten in der EU – Identität und Handlungsmöglichkeiten. Eine deutsch-französische Zukunftswerkstatt für die politische Bildung*, Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 83–93, hier S. 83 f.

12 Diot, Claire: Krisenmanagement im ehemaligen Jugoslawien: Frankreich, Deutschland und die EU in der Bewährungsprobe, in: Harth/Schild (Hg.): *Nationalstaaten*, S. 67–81, hier S. 69.

13 So die Folgerungen von Schild: *Europäischer Anspruch*, S. 89.

mögen, immer gab es eine Konvergenz „in ihrer Verpflichtung auf gemeinsame Werte, auf europäische Prinzipien wie Gewaltfreiheit, Demokratie, Menschenrechte, Marktwirtschaft, soziale Verpflichtungen sowie in ihrem Interesse an der Überwindung jahrhundertalter Feindschaften, d. h. an der Herstellung eines Zustandes von Frieden in Europa.“¹⁴

Das schloss allerdings keineswegs aus, dass bei der Formulierung und Durchsetzung der jeweiligen Europapolitik nationale Interessen, verstanden als „Ziele, die von der politischen Führung eines Staates oder/und einer breiten Öffentlichkeit als verbindlich angesehen und über eine bestimmte Zeit konstant gehalten werden“¹⁵, eine wichtige Rolle gespielt hätten.

Die Konstanz solcher Interessen folgt aus der Logik jeweiliger historischer Erfahrungen, geopolitischer Lage, nationaler Ressourcenausrüstung, Vorstellungen über zukünftige Entwicklungen und Aufgaben [...].¹⁶

Für die deutsche und französische Europapolitik ergaben sich aus der Kombination von Konsens im Grundsätzlichen und Unterschieden der Ziele und Strategien in der Verfolgung eigener Interessen erhebliche Differenzen. In Frankreich wurde z. B. der Zusammenschluss Europas in erster Linie als eine Steigerung der eigenen Machtpotenziale angesehen. Man hatte in Paris erkannt, dass Frankreich von den zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen in Europa profitieren und bei technologischen Kooperationen eine Spitzenstellung einnehmen könnte.

So stimmte die große Mehrheit der Nationalversammlung 1957 für die neu zu schaffende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM), da man in dieser Mitgliedschaft eine realistische Möglichkeit zur wirtschaftlichen Gesundung [...] sah. Mit dem Grundtausch der Interessen zwischen Frankreich und Deutschland – Frankreich erhielt für seine Agrarprodukte den großen deutschen Markt, und Deutschland konnte den französischen Markt für seine Industrieprodukte nutzen – konnten nationale und übergeordnete europäische Interessen gut miteinander kombiniert werden.¹⁷

Für Deutschland hingegen stand in den 1950er Jahren klar das nationale Interesse im Vordergrund, durch die Mitwirkung am europäischen Zusammenschluss die nationale Souveränität wiederzuerlangen, international aufgewertet und in seinem Streben nach nationaler Einheit europäisch unterstützt zu werden. „Die Formel ‚Wiedervereinigung im Rahmen der europäischen Integration‘ kann als konstante Strategie aller deutscher Nachkriegspolitikern gelten.“¹⁸

14 Pfetsch: *Die Europäische Union*, S. 71.

15 Pfetsch: *Die Europäische Union*, S. 71.

16 Pfetsch: *Die Europäische Union*, S. 71.

17 Woyke: *Europäische Union – erfolgreiche Krisengemeinschaft*, S. 317 f.

18 Pfetsch: *Die Europäische Union*, S. 72.

Auch in den konzeptionellen Grundüberlegungen zur Gestaltung des Zusammenschlusses von Europa waren die deutsch-französischen Unterschiede immer unübersehbar: Während die Bundesrepublik Deutschland in einer möglichst weit vorangetriebenen Integration (Supranationalität) eine klare Möglichkeit zur Erlangung von Gleichberechtigung und Souveränität erblickte, sah das von Präsident Charles de Gaulle geprägte Europa-Konzept nur eine institutionalisierte politische Kooperation der Regierungen vor (Intergouvernementalismus). Deutschland konnte unter Bundeskanzler Adenauer der Idee der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ – auch als ‚Ersatz‘ für den durch den Nationalsozialismus und die Teilung Deutschlands diskreditierten Nationalstaat – als zu verfolgendem Ziel durchaus etwas abgewinnen. De Gaulle hingegen war als klarer Gegner jeglicher supranationalen Bestrebungen bekannt und befürwortete – auch wenn er diese Terminologie angeblich nie verwendet hat – ein ‚Europa der Vaterländer‘.

Das karolingische Europa, das heißt das Europa der Sechs, sollte zum Zentrum einer nach intergouvernementalen Gesichtspunkten funktionierenden europäischen Basisorganisation werden. Dieses Europa unabhängiger Staaten hatte nach den Vorstellungen de Gaulles unabhängig von den USA und offen nach Osteuropa zu sein. Eine dominierende Stellung Frankreichs wurde dabei immer vorausgesetzt.¹⁹

Auch in Bezug auf die Politik der Vertiefung und Erweiterung des europäischen Zusammenschlusses traten die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich immer wieder klar zutage.

Traditionell ist die Bundesrepublik eine Befürworterin möglicher Vertiefungen und Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft. In den 1960er Jahren trat sie – im Gegensatz zu Frankreich – für Vergrößerung und insbesondere für den Beitritt Großbritanniens ein.²⁰

Paris hingegen befürchtete, durch die Mitgliedschaft Großbritanniens einen ernsthaften Rivalen in der Führung der europäischen Gemeinschaft zu bekommen und durch dessen ‚special relationship‘ mit den USA zusätzlich an Macht und Einfluss zu verlieren. Zweimal wurden deshalb die Mitgliedschaftsgesuche Londons durch Paris abgelehnt; ebenso wurde 1965 die vom Kommissionspräsidenten Walter Hallstein auf den Weg gebrachte Vertiefung der Integration durch einen französischen Boykott („Politik des leeren Stuhls“) der europäischen Gremien blockiert.²¹

Unterschiedliche Interessen, Orientierungen und Strategien Frankreichs und Deutschlands sind schließlich auch in Bezug auf die Süd- bzw. Ost-erweiterung der EU zu erkennen. Während für Frankreich aus geographischen

19 Pfetsch: *Die Europäische Union*, S. 73 f.

20 Pfetsch: *Die Europäische Union*, S. 72 f.

21 Woyke: *Europäische Union – erfolgreiche Krisengemeinschaft*, S. 319.

und historischen Gründen immer die Ausdehnung in den Mittelmeerraum klare Priorität haben sollte, galt für Deutschland aus denselben Gründen die Osterweiterung als wichtiger. Beide Staaten warben deshalb mit starkem Engagement und gewichtigen Argumenten für den Barcelona-Prozess zur Inangriffnahme der Probleme im Süden der EU bzw. der Stabilisierungs- und Erweiterungspolitik zum Beitritt der Staaten Ostmitteleuropas.²² Die unterschiedlichen Präferenzen blieben bestehen, aber wie bei anderen Themen auch waren Frankreich und Deutschland über die Jahrzehnte immer wieder in der Lage, durch für beide Seiten befriedigende Kompromisslösungen einen Ausgleich zwischen ihren Interessen zu bewerkstelligen. Im Falle der Süd- bzw. Ostorientierung, die Frankreich bzw. Deutschland für die EU-Politik präferierten, sah die gefundene Lösung so aus, dass Präsident Jacques Chirac die Einbeziehung der ehemals kommunistischen Staaten durchaus engagiert förderte, aber versuchte,

diese Öffnung durch eine aktive, durch die EU finanzierte, Mittelmeerpolitik zu kompensieren. So hat der französische Präsident mit Unterstützung von Italien, Spanien und Portugal die Position der EU zur euromediterranen Konferenz ebenso verabschieden lassen wie auch die Festschreibung der finanziellen Zuweisungen für die Mittelmeerländer [...].²³

Mit ausgeprägtem Sinn für das – trotz unterschiedlicher Ausgangslage, historischer Erfahrungen und nationaler Interessenorientierungen – durch Kompromisse und wechselseitige Zugeständnisse in reale Politik Umsetzbare konnten Deutschland und Frankreich ihre führende Rolle in Europa aufrechterhalten. In einem Rückblick auf ein halbes Jahrhundert deutsch-französischer Beziehungen im Kontext des europäischen Zusammenschlusses wurde die „strukturierende Rolle des Tandems“, die Rolle des Impulsgebers und der immer wieder entfachten Dynamik für ein vereintes Europa hervorgehoben.²⁴ Ihr gemeinsamer Beitrag zur grundlegenden Veränderung des europäischen Kontinents, zu dessen kooperativer Neugestaltung und zum Entstehen eines auf gesunder Basis ruhenden wichtigen Akteurs der Weltpolitik kann schwer überschätzt werden.

22 Vgl. dazu: Schmalz, Uwe: Europäische Union als internationaler Akteur, in: Woyke (Hg.): *Handwörterbuch internationale Politik*, S. 121–152, hier S. 127 f.

23 Woyke: *Europäische Union – erfolgreiche Krisengemeinschaft*, S. 324.

24 Martens, Stephan: Legitim und leistungsfähig? Das deutsch-französische Tandem im erweiterten Europa, in: *Dokumente* 51/3 (2005), S. 54–60, hier S. 55.

Französische Europa-Illusionen

Allerdings sind die Ausgleichs- und Kompromissbemühungen zwischen Frankreich und Deutschland auch längst nicht immer von Erfolg gekrönt gewesen. Das führte dazu, dass sich auf beiden Seiten des Rheins die Eliten nicht selten Illusionen hingaben, Mythen pflegten bzw. irrigen Vorstellungen anhängen, die mit den neu entstandenen Realitäten nicht in Einklang zu bringen waren. Dazu gehörten z. B. die von de Gaulle gleich nach dem Ende des Krieges beschworene und von ihm als Präsident sowie auch von allen seinen Nachfolgern bis heute eingeforderte nationale Unabhängigkeit und uneingeschränkte Eigenständigkeit Frankreichs. Dazu bemerkt Gerhard Kiersch zu Recht:

Die sozio-ökonomische Situation Frankreichs stand in eklatantem Widerspruch zum Hauptziel der französischen Nachkriegspolitik, wie es im Aktionsprogramm des Nationalen Widerstandsrates von 1944 festgelegt war. Danach sollte alles getan werden, „um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nation zu verteidigen und Frankreich in seiner Macht, seiner Größe und seiner universellen Mission wiederherzustellen“.²⁵

Dem Anspruch, an alte Größe anknüpfen und freie Entscheidungskompetenz wiederherstellen zu können, standen harte Tatsachen entgegen. Diese reichten von dem historischen Faktum, dass Frankreich nur als ‚Kriegssieger honoris causa‘ galt, über die einsetzenden Erschütterungen seines Kolonialreiches und die sich abzeichnende Abhängigkeit in der Sicherheitspolitik. Hinzu kamen als Folge des Krieges soziale Spannungen und als Konsequenz ausgebliebener Modernisierungsanstrengungen eine zersplitterte Wirtschaftsstruktur, veraltete Produktionsstätten und eine unrentable Landwirtschaft.

Rhetorisch wurde der Anspruch auf nationale Unabhängigkeit und souveräne Eigenständigkeit tapfer aufrechterhalten, in der Wirklichkeit beschränkte Frankreich nach heftigen Kontroversen den Weg der engen Verknüpfung seines Schicksals mit dem neuen Partner sowohl in der NATO als auch bei den verschiedenen Zusammenschlüssen auf europäischer Ebene.

Neben der Einbindung Deutschlands in die neu entstandenen Integrationssysteme blieb es immer das Ziel der französischen Europapolitik, den Alten Kontinent als eigenständigen Akteur der Weltpolitik zu etablieren. Nachdem durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO, durch die Vertiefung der EWG zur EG und durch den Elysée-Vertrag von 1963 das erste Ziel erreicht war, entfaltete Frankreich umfangreiche Anstrengungen, um auf diesem Gebiet Fortschritte zu erzielen. Dazu gehörte z. B. eine weltweite Reisediplomatie des Generals, mit der die Eigenständigkeit Europas als

25 Kiersch, Gerhard: Die Außenpolitik Frankreichs, in: Woyke, Wichard (Hg.): *Netzwerk Weltpolitik. Großmächte, Mittelmächte und Regionen und ihre Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, Opladen: Leske + Budrich, 1989, S. 193–215, hier S. 195.

Faktor zwischen den verfeindeten Blocksystemen demonstriert werden sollte. Die auf der Konferenz von Jalta ohne Beteiligung Frankreichs beschlossene Teilung Europas wurde von de Gaulle als völlig unnatürlich und keineswegs dauerhaft empfunden. Der Drang zum eigenständig handelnden Nationalstaat sei übermächtig und ideologisch verfeindete Blocksysteme würden über kurz oder lang der Vergangenheit angehören. Unter anderem deshalb zog Frankreich sich 1966 aus der militärischen Organisation der NATO zurück, „im gleichen Jahr reiste de Gaulle nach Moskau und verkündete ‚Entspannung, Einvernehmen und Zusammenarbeit‘ als neue Prinzipien der französischen Politik gegenüber Osteuropa.“²⁶ Ein Jahr später schmeichelte er dem alten Bündnispartner Polen – zum Entsetzen Adenauers – mit der Aussage, auf seiner Reise habe er in Danzig erkannt: „Gdansk ist polnisch, tief und hervorragend polnisch.“²⁷

Allerdings erwiesen sich alle diese Neuansätze der französischen Politik Mitte der 1960er Jahre als reine Illusionen: In seiner Sicherheitspolitik blieb Frankreich massiv von den NATO-Strukturen abhängig, die schärfsten ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Militärblöcken standen erst noch bevor, und seine immer wieder verkündete Vision, „Europa vom Atlantik bis zum Ural wird über das Schicksal der Völker entscheiden“²⁸, hatte mit den Realitäten der internationalen Politik dieser Zeit – amerikanisch-sowjetischer Rüstungswettlauf, sowjetisch-chinesischer Konflikt, Aufstieg der Dritte-Welt-Bewegung – nichts zu tun. Hinzu kam, dass die Ost-West-Spaltung Europas, trotz der nach der Kuba-Krise einsetzenden Entspannungsbemühungen, nach wie vor sehr tief war und die an der Konfrontationsgrenze gelegenen Polen und Deutschen sich als fest in die feindlichen Blocksysteme integrierte Mitglieder sahen, die nichts unternehmen konnten, um den Traum von der Einheit des Kontinents wahr werden zu lassen.

Einer fundamentalen Fehleinschätzung unterlag Frankreich auch darin, dass es davon ausging, die Bundesrepublik in einem ihrer außen- und sicherheitspolitischen Orientierungsdilemmata für sich gewinnen zu können. Dieses bestand darin, dass für Deutschland, was die diplomatische Aufwertung und den wirtschaftlichen Aufschwung betraf, eindeutig die Einbindung in Europa und hier besonders die Zusammenarbeit mit Frankreich Priorität hatte; im Bereich der militärisch-strategischen Sicherheitspolitik allerdings tendierte die große Mehrheit in der deutschen Politik ebenso eindeutig in Richtung USA. Frankreich war fest davon überzeugt, für die Bundesrepublik nicht nur im europapolitischen Bereich ein verlässlicher Partner zu sein, sondern auch im sicherheitspolitischen Bereich das extreme Sicherheitsbedürfnis

26 Kiersch: Die Außenpolitik Frankreichs, S. 199.

27 Zit. nach: Hacke, Christian: *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der BRD*, Frankfurt/M., Berlin: Ullstein, 1993, S. 117.

28 Hacke: *Weltmacht wider Willen*, S. 117.

des national geteilten Nachbarstaates inklusive dessen prekärer Hauptstadt-situation befriedigen zu können. Dabei unterschätzte Paris massiv die deutschen Ängste vor sowjetischen Expansionsbestrebungen und überschätzte stark seine militärischen Fähigkeiten, einen eventuellen kommunistischen Vorstoß aufhalten zu können. In den heftigen Kontroversen zwischen deutschen ‚Atlantikern‘ und ‚Gaullisten‘, ob nur die USA in der Lage seien, die Bundesrepublik wirksam zu verteidigen, oder ob die im Aufbau befindlichen strategischen Atompotenziale Frankreichs dazu auch ausreichten, spielte eine der Dichotomien zwischen Bonn und Paris eine wichtige Rolle: Während Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik fast immer eine amerika-freundlich-transatlantische Position vertrat, überwog in Frankreich häufig das Bestreben, seine Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von den USA zu betonen. Als in den 1960er Jahren der Versuch Frankreichs scheiterte, Deutschland im Elysée-Vertrag für seine Position zu gewinnen und gemeinsam sowie unabhängig von den USA europäische Militärpotenziale aufzubauen, war die Enttäuschung über diese Fehleinschätzung groß. Ulrike Guérot hält zusammenfassend dazu fest:

Den berühmten Elysée-Vertrag, der essentiell ein Vertrag über eine deutsch-französische Sicherheitsunion sein sollte, unterminierte der Bundestag in letzter Minute, indem er dem Vertrag eine absolut transatlantisch ausgerichtete Präambel vorstellte. [...] Das eigentliche französische Politikziel, dass Deutschland sich sicherheitspolitisch auf Frankreich anstatt auf die USA verläßt, wurde nicht erreicht. So standen die französischen Pläne einer autonomen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mehrere Jahrzehnte im Raum, wurden aber von Deutschland nie richtig aufgegriffen.²⁹

Im Vergleich zum Gründer der Fünften Republik hielten zwar alle seine Nachfolger im Präsidentenamt an einigen Grundelementen der französischen Europapolitik fest, agierten jedoch flexibler, pragmatischer und weniger an Visionen orientiert. Das machte die Nordwesterweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Großbritannien, Irland und Dänemark möglich, entspannte die Beziehungen zu den USA und führte zu einer nüchternen Einschätzung von Chancen und Gefahren des Umgangs mit Osteuropa. In den bilateralen Beziehungen zwischen Paris und Bonn ließ sich in den 1970er und 1980er Jahren global der Wille erkennen, „den europäischen Integrationsprozess voranzutreiben. Das Fundament der deutsch-französischen Zusammenarbeit bildete dabei die Teilung Deutschlands und die europäische Einbindung der Bundesrepublik.“³⁰ So erklärte etwa François Mauriac, er liebe

29 Guérot, Ulrike: Frankreich, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 375–390, hier S. 377.

30 Hielscher, Kathleen: *Die deutsch-französischen Beziehungen in der Europa-, Sicherheits- und Außenpolitik. Kontinuität und Wandel seit 1990*, Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller, 2008, S. 19.

Deutschland so sehr, dass er froh sei, dass es zwei davon gebe. Als sich abzeichnete, dass Deutschland wiedervereinigt und diese Konzeption hinfällig werden könnte, reagierte Frankreich mit übertriebenen Ängsten und panikartigen Aktionen. Sicher ist richtig, dass

die deutsche Wiedervereinigung und das Ende des Ost-West-Konflikts eine vollständige Veränderung der Parameter im deutsch-französischen Verhältnis [mit sich brachte]. Frankreich mußte seine als Siegermacht im Zweiten Weltkrieg gewonnene Rolle, eine für Deutschland verantwortliche Macht zu sein, ebenso aufgeben wie seine Schutzmachtfunktion für Berlin. Hinzu kam, daß das Ende des Ost-West-Konflikts auch die Bedeutung von Nuklearwaffen drastisch reduzierte.³¹

Das wiederum veränderte das über lange Zeit eingependelte Gleichgewicht der Überlegenheit Frankreichs im atomaren und Deutschlands im ökonomischen Bereich. Die von Thomas Mann gestellte Frage, ob Europa stärker deutsch oder Deutschland stärker europäisch werde, wurde 1989/90 in Frankreich heftig diskutiert. Die bei der Vereinigung vor allem in französischen Regierungskreisen aufkommenden Befürchtungen steigerten sich zu Überlegungen wie: Blicke Deutschland uneingeschränkt ein verlässliches Mitglied der Europäischen Union oder würde es sich stärker den Staaten Mittel- und Osteuropas zuwenden und eventuell sogar in enger Kooperation mit Russland ein neues Gleichgewicht in Europa anstreben?³²

Diese massiven Ängste und krassen Fehleinschätzungen Frankreichs hinsichtlich einer neuen deutschen Europapolitik lösten nach dem Fall der Berliner Mauer hektische diplomatische Aktivitäten aus: Bei seiner Begegnung mit Michail Gorbatschow in Kiew am 6. Dezember 1989 betonte Präsident François Mitterrand „zwar das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, wies aber gleichzeitig auf die französisch-sowjetische Waffenbrüderschaft, auf den Siegermachtstatus und den minderen Status Deutschlands sowie die Existenz zweier deutscher Staaten und ihrer Bedeutung für das europäische Gleichgewicht hin.“³³ Mit seiner als ‚Geisterfahrt zu einem Regime in Auflösung‘ umschriebenen Reise am 21./22. Dezember 1989 in die DDR wollte der französische Präsident „zum einen auf die Notwendigkeit der Existenz zweier deutscher Staaten für das europäische Gleichgewicht hinweisen, zum anderen die sich reformierende DDR aufwerten.“³⁴

Erst mehrere Monate nach diesen Aktivitäten Frankreichs, die Irritationen und Entfremdungen im deutsch-französischen Verhältnis ausgelöst hatten, fasste das ‚Tandem Kohl-Mitterrand‘ wieder Tritt und startete nun

31 Woyke, Wichard: *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung: Das Tandem faßt wieder Tritt*, Opladen: Leske + Budrich, 2000, S. 23.

32 Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 25.

33 Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 27.

34 Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 27.

gemeinsam Initiativen, die die sich radikal verändernde Konstellation auf dem Kontinent berücksichtigte.

Der Tenor beider Regierungen war nicht weniger, sondern mehr Integration. [...] Mitterrand versuchte mit Unterstützung von Bundeskanzler Kohl, die unumkehrbare Verankerung des vereinten Deutschland in der EU vertraglich abzusichern. Während für Mitterrand diese Verankerung eine Garantie gegen eine neue deutsche Beherrschung in Europa darstellte, sollte aus der Sicht Helmut Kohls diese Festlegung Deutschlands zukünftige Regierungen im Integrationsprozess binden und damit eine nationale deutsche Sonderrolle [...] ein für alle Mal beenden.³⁵

Waren in Bezug auf die Positionierung des vereinten Deutschland in Europa die Ängste und Negativeinschätzungen Frankreichs völlig unbegründet und die Hoffnung, die Vereinigung verhindern oder mindestens verzögern zu können, eine Illusion, so stellte auch die Selbsteinschätzung französischer Präsidenten, die EU als Instrument ihrer Außenpolitik benutzen zu können, eine krasse Fehlannahme dar. Die Europäische Union als erweitertes Frankreich zu sehen oder „als Mittel, aktive Außenpolitik zu betreiben und seinen Einfluß in der Welt und in Europa sicher zu stellen“³⁶, wurde eines der Grundmuster Pariser Politik.

In mehreren Reden während des Sommers 1995 beschwor Präsident Chirac, anknüpfend an die Visionen Charles de Gaulles, die Führungsrolle Frankreichs in Europa und in der Welt. Anlässlich eines Botschaftertreffens im Elysée-Palast führte er u. a. aus:

Erste Gewissheit: Frankreichs Interesse ist, an der schrittweisen Schaffung einer multipolaren Weltordnung teilzunehmen. [...] Zweite Gewissheit: Die EU hat die Bestimmung, einer dieser Pole zu werden [...]. Dritte Gewissheit: In diesem europäischen Gebilde besitzt Frankreich alle Trümpfe, um an erster Stelle zu bleiben, seine Partner mitzunehmen, sie an Frankreichs Vision und Frankreichs Ehrgeiz teilhaben zu lassen [...].³⁷

Drei Jahre später spitzte der Präsident bei gleicher Gelegenheit seine Argumentation zugunsten einer Instrumentalisierung der EU für französische Ambitionen weiter zu:

Frankreich möchte zuerst, dass die EU in allen Bereichen einer der Hauptakteure des 21. Jahrhunderts wird. [...] Denn ein Europa, das sich auf der Bühne der Geschichte durchsetzt, ist für Frankreich das beste Mittel, seinen Einfluß zu erhalten und sein Interesse in einer globalisierten Welt zu befördern.³⁸

35 Woyke, Wichard: Zukunft der europäischen Integration: Von den neuen oder von den alten Mitgliedern lernen?, in Harth/Woyke (Hg.): *Die Europäische Union konkret*, S. 61–72, hier S. 65.

36 Seidendorf, Stefan: „Die Quadratur des Kreises“ oder: Wie geht Nation und Europa zusammen?, in: Baasner, Frank (Hg.): *Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Europadiskurse*, Baden-Baden: Nomos, 2008, S. 33–54, hier S. 44.

37 Seidendorf: „Die Quadratur des Kreises“, S. 44.

Die hochfliegenden Visionen, egal ob sie 2005 von Nicolas Sarkozy („Frankreich, die erste Nation an der Spitze der Union“) oder 2006 von Chirac („Frankreich nimmt in Europa und in der Welt einen einzigartigen Platz ein“³⁹) geäußert wurden, erwiesen sich am 29. Mai 2005, als eine Mehrheit der Franzosen den Europäischen Verfassungsvertrag in einem Referendum scheitern ließen, als hohle Phrasen und illusionäre Träume.

Neben den vielen innerfranzösischen Widerständen gegen die EU waren die radikalen Veränderungen nicht in Rechnung gestellt worden, die die Welt und Europa und damit die Rolle Frankreichs darin in kurzer Zeit durchlaufen hatten. Dazu gehörte die Dynamik der Globalisierung mit ihrem massiven Druck auf die nationalen Wirtschafts- und Sozialsysteme genauso wie die neuartige Herausforderung der gesamten Welt durch den internationalen Terrorismus. Hinzu kam die Schwächung des Zusammenhalts der Europäischen Union durch das Zerwürfnis über eine Beteiligung am Krieg gegen den Irak und die Osterweiterung um zehn neue Mitglieder, die die Gemeinschaft mit neuen Forderungen und ungewohnten Perspektiven konfrontierte. Der Umgang mit diesen weitgehenden Veränderungen verlangte von Frankreich andere und realistischere Reaktionen als die Beanspruchung vergangener Größe und die Fortsetzung der Strategie, die EU für eigene Ziele und Interessen nutzen zu können.

Deutsche Europa-Illusionen

In der Wissenschaft gibt es einen breiten Konsens darüber, dass für die internationale Anerkennung und Aufwertung der Bundesrepublik Deutschland, für ihre Akzeptanz als gleichberechtigter Partner und geachteter Akteur die Mitwirkung bei den Zusammenschlüssen in Europa von zentraler Bedeutung war.

Die deutsche Europapolitik und die französische Deutschlandpolitik können in der Nachkriegszeit im Wesentlichen als komplementär betrachtet werden. Für Frankreich hatte die Westverankerung Deutschlands den Vorteil, dass es mit seiner neuen Strategie ‚Kontrolle durch Integration‘ seine Ziele in der Deutschlandpolitik erreicht sah [...]. Deutschland hingegen erreichte durch seine Integrationspolitik im europäischen Einigungsprozess die Schaffung einer Vertrauensbasis gegenüber seinen europäischen Nachbarn und wurde damit politisch aufgewertet.⁴⁰

38 Seidendorf: „Die Quadratur des Kreises“, S. 45.

39 Lieb, Julia: Die französische Kampagne zum Referendum über den Vertrag über eine Verfassung für Europa – Probleme mit der europäischen Wirklichkeit, in: Baasner (Hg.): *Von welchem Europa reden wir?*, S. 55–75, hier S. 62 bzw. S. 71.

40 Hielscher: *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 13.

Als unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Politiker anfangen, erste Überlegungen zur zukünftigen Rolle Deutschlands in Europa zu äußern, meldete sich auch bereits der spätere Bundeskanzler Adenauer zu Wort. In einem Brief vom Oktober 1945 äußerte der ehemalige Oberbürgermeister von Köln die Ansicht, dass einem von der Sowjetunion beherrschten Osten ein starker westlicher Zusammenschluss von möglichst vielen Mitgliedern, und zwar bundesstaatlich-föderal strukturiert, entgegengesetzt werden müsse.⁴¹ Diese Grundüberlegung, dass durch die Westintegration unter Einschluss der Bundesrepublik eine ‚Position der Stärke‘ erreicht werden müsse, um von da aus der Sowjetunion die Wiedervereinigung abringen zu können, verfolgte Adenauer praktisch während der längsten Zeit seiner Kanzlerschaft mit äußerster Beharrlichkeit. Andere Europa-Konzeptionen – durchaus auch die von Parteifreunden wie Jacob Kaiser – wurden nicht einmal in Teilaspekten in der praktischen Politik berücksichtigt und die dringende Warnung, dass gerade die Westintegration – vor allem die in der NATO – eine Verhandlungslösung mit der Sowjetunion unmöglich machen könnte, brüsk vom Tisch gewischt. Der Bevölkerung wurde suggeriert, dass die Westintegration für die Bundesrepublik zu einer Position der Stärke führe und sich daraus eine Wiedervereinigung des dreigeteilten Deutschlands (also auch der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze) erreichen lasse. Der schnellste Weg zur Wiedervereinigung sei die Westintegration, denn „eine Konsolidierung im Westen werde die sowjetische Herrschaft in der Ostzone von selbst zum Einsturz bringen“⁴², mindestens aber die östliche Führungsmacht an den Verhandlungstisch zwingen. „Es gibt keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung als den durch die europäische Integration“, lautete einer der Schlüsselsätze in der Regierungserklärung von 1953.⁴³ Gut dreieinhalb Jahrzehnte später bewahrheitete sich diese Aussage durchaus. In der konkreten Situation der Zeit – Aushandlung der Pariser Verträge, Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und Gründung des Warschauer Paktes unter Beteiligung der DDR – gehörte die Ankündigung, dass die deutsche Wiedervereinigung mit Hilfe des Westens in absehbarer Zeit erreichbar sei, zu den Lebenslügen der deutschen Außenpolitik. So wurden Illusionen genährt, die später bitter enttäuscht wurden.

Es gibt eine Reihe von Anzeichen dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland erheblich stärker an der Herstellung von Institutionen der Supranationalität in Europa interessiert war als andere. Nur im Grundgesetz gibt es den ausdrücklichen Hinweis, dass nationale Souveränitätsrechte an

41 Pfetsch, Frank R.: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1992. Von der Spaltung zur Vereinigung*, München: Fink, 21993, S. 144.

42 So die Interpretation des Adenauer-Biografen Hans-Peter Schwarz, zitiert nach Pfetsch: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1992*, S. 150.

43 Zitiert nach Pfetsch: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1992*, S. 211.

internationale Instanzen übertragen werden dürfen; die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum europäischen Zusammenschluss allgemein und zur Supranationalität bei dessen Organen ist über Jahrzehnte immer besonders hoch gewesen.⁴⁴ Und schließlich musste der erste Kommissionspräsident der EWG/EU, der Deutsche Walter Hallstein, unter französischem Druck sein Amt aufgeben, weil sein Wirken zugunsten von Supranationalität innerhalb der europäischen Gremien – inklusive einem eigenen Steuererhebungsrecht – dem ausschließlich an intergouvernementaler Kooperation interessierten Frankreich zu weit ging. So führt Wichard Woyke zu Recht aus:

Frankreichs Verständnis von internationaler Politik nach dem Zweiten Weltkrieg war trotz zunehmender Integration in Europa weitgehend durch eine staatenzentristische Position charakterisiert. In diesem Gedankengebäude spielen Staaten eine dominante, ja exklusive Rolle.⁴⁵

Ganz anders beim östlichen Nachbarn: „Die deutsche Europakonzeption verfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg das Paradigma der Integration. Deutschlands Weg zu sich selbst führte über Europa.“⁴⁶

Das war wegen der tiefen Brüche in der nationalen Geschichte Deutschlands, der Übersteigerung der Nationalstaatsidee im Nationalsozialismus und der Teilung Deutschlands durchaus verständlich. Die anderen Mitgliedsstaaten des europäischen Zusammenschlusses teilten diese Erfahrungen aber nicht und unternahmen deshalb früh Anstrengungen, ihre nationalen Interessen zu wahren und nicht zu stark nationale Entscheidungsbefugnisse – schon gar nicht im Außen- und Sicherheitssektor – an supranationale Instanzen abzutreten. In Deutschland hingegen sah man die Bewältigung aller anstehenden Probleme in erster Linie durch die Stärkung der Handlungsfähigkeit eines geeinten Europas. Dabei spielte es keine Rolle, ob es um die Vision des ersten Bundeskanzlers Adenauer von einem ‚vereinigten politischen Westeuropa‘ oder die des zweiten, Ludwig Erhard, von einem ‚wirtschaftlichen Großeuropa‘ ging.⁴⁷ Beide setzten ihre Hoffnungen auf den möglichst engen Zusammenschluss aller Staaten des Kontinents und orientierten ihr politisch-wirtschaftliches Tun daran. Dabei waren Ernüchterung und Enttäuschung in Deutschland vorprogrammiert, denn die anderen Mitgliedsstaaten verfolgten früher und egoistischer ihre nationalen Interessen, und das durchaus auch auf Kosten der Europäischen Gemeinschaft. Die in der ersten Nachkriegszeit

44 Vgl. die Umfrageergebnisse bei Holst, Christian: Einstellungen der Bevölkerung und der Eliten: Vom alten zum neuen außenpolitischen Konsens?, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 4: *Institutionen und Ressourcen*, München: Oldenbourg, 1998, S. 227–238, hier S. 230 f.

45 Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 15.

46 Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 16.

47 Pfetsch: *Die Europäische Union*, S. 36.

kursierenden Visionen der Schaffung föderal strukturierter ‚Vereinigter Staaten von Europa‘ erwiesen sich daher als nicht mehr als idealistische Träumereien.

Enttäuscht wurden auch die deutschen Hoffnungen bei dem in den 1990er Jahren gemachten Versuch, ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu werden. Bei der ins Auge gefassten grundlegenden Reform der UNO beabsichtigte die Bundesrepublik, ihr nach der Vereinigung gewachsenes weltpolitisches Gewicht in eine herausragende Position in der Weltorganisation ummünzen zu können und dabei von ihren europäischen Partnern unterstützt zu werden. Im Sinne der ausgeprägten multilateralen Tradition ihrer Außenpolitik, der in der Friedens- und Entwicklungspolitik erbrachten Leistungen und ihrer weltweiten Auftritte als Zivilmacht glaubte die Bundesrepublik eine Art Anspruch auf Unterstützung ihrer Bestrebungen nach einer Führungsrolle durch die EU-Partnerstaaten zu haben. In Wirklichkeit wurde der Aufwertungsversuch eher mit Skepsis aufgenommen und als problematischer Versuch des vereinten Deutschlands gedeutet, sich – neben Frankreich und England – eine dominante Position in Europa zu schaffen. „Frankreich und Großbritannien hegten keine Einwände, solange ihre eigene Position dadurch nicht schwächer würde. Als ein vehementer Gegner der deutschen Ambitionen hat sich Italien profiliert ...“⁴⁸

Da, wie alle anderen Reformversuche der UNO davor schon, auch derjenige der 1990er Jahre über erste Anfänge nicht hinausgegangen war, hatte eines der ambitioniertesten Projekte der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, das als ‚Ersatz‘ für den eigenen vergeblichen Anspruch von Bonn durchaus unterstützt wurde, keinerlei Chance auf Realisierung. Im Zuge der anvisierten Stärkung der EU als internationaler Akteur sollte nicht nur das Amt des Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik aufgewertet, sondern es sollten auch die Anfänge eines Europäischen Diplomatischen Dienstes auf den Weg gebracht werden. Und in diesem Zusammenhang wurde sogar eine Diskussion darüber geführt, ob nicht die Kontinente als Ganzes in der Weltorganisation repräsentiert sein sollten, entweder *zusätzlich* zu den permanenten Sicherheitsratsmitgliedern oder – im Rahmen einer grundsätzlichen Neugestaltung der UNO – *statt* ihrer. Dazu sah ein Vorschlag „auf den ersten Blick attraktiv aus: Die Europäische Union mit der weiter ausgebauten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) könne doch die Sitze Frankreichs und Großbritanniens übernehmen. Damit würden weitere nationalstaatliche Ambitionen (Deutschland) und Anti-Haltungen (Italien) gleichermaßen ausgetrocknet und es gäbe einen heilsamen Zwang zur inner-europäischen Einigung in den Außenbeziehungen. Die Chancen, dieses Konzept zu verwirklichen, bleiben jedoch auf absehbare Zukunft ganz dicht bei Null“.⁴⁹

48 Bredow, Wilfried von: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 21.

49 Bredow: *Die Außenpolitik der BRD*, S. 21.

Noch erheblich stärker war die Enttäuschung in Deutschland, dass, als die Möglichkeit der Wiedervereinigung sich abzeichnete, diese über Jahrzehnte herbeigesehnte Chance von den europäischen Partnern mit größter Skepsis betrachtet wurde und nur die USA uneingeschränkte Unterstützung signalisierten. Zu lange Zeit war offenbar die Teilung Deutschlands und die feste Einbindung der beiden Teilstaaten in die feindlichen Blocksysteme als Voraussetzung dafür gesehen worden, eine Wiedervereinigung nur noch rhetorisch zu unterstützen.

Mit der Wiedervereinigung kam die Stunde der Wahrheit, denn die Geschäftsgrundlage, auf der sich die deutsch-französischen Beziehungen [...] so positiv hatten entwickeln können, ging nun verloren.⁵⁰

Die Teilung Deutschlands und die Kontrolle des westlichen Teilstaates durch die feste Einbindung in den westeuropäischen Zusammenschluss war (neben dem Sicherheitsratsstimmrecht und der Verfügung über Atomwaffen) die Grundlage für Frankreichs Führungsanspruch auf dem Kontinent gewesen. Deshalb war „die französische Wahrnehmung des Wiedervereinigungsprozesses von vielerlei Ängsten geprägt. Sie hatten ihren Ursprung einerseits in der Tatsache, dass Deutschland sich nicht nur demographisch und wirtschaftlich zur größten Nation in Europa entwickeln würde und Frankreich somit seine Führungsposition in Europa gefährdet sah, sondern andererseits auch im französischen Verdacht eines deutschen Neutralitätsstrebens, das sich in Form eines Bündnisses nach Osten orientieren könnte [...]“.⁵¹ Nach intensiven diplomatischen Aktivitäten Frankreichs zum Ende des Jahres 1989, mit denen die Vereinigung Deutschlands wenn nicht verhindert, so doch zumindest verzögert werden sollte (und die von Großbritannien unter Margaret Thatcher mit starker Sympathie begleitet wurden), kehrte Mitterrand im Frühjahr 1990 zu einer nüchtern-realistischen Einschätzung der französischen Möglichkeiten in der Deutschen Frage zurück. Vor dem Beginn der ‚Zwei-plus-Vier-Verhandlungen‘ forderte Paris, dass für die deutsche Einigung die Zustimmung aller vier Siegermächte erforderlich sei, Polen zu den Verhandlungen über seine Westgrenze hinzugezogen werden müsse und Spannungen in Europa keinesfalls vergrößert werden dürften. Zusätzlich war „die Akzeptanz Frankreichs [...] der deutschen Vereinigung gebunden an die Zustimmung der DDR-Bürger [...]. Als äußerer Rahmen wurden die eindeutige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze, die Erhaltung der Sicherheit in Europa und die Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses verstanden“.⁵² Als ein Ergebnis der in Deutschland im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses gehegten und enttäuschten Erwartungen –

50 Kimmel, Adolf: Frankreich und Europa nach Jalta: Welche Rolle, welcher Rang?, in: *Frankreich-Jahrbuch* 1992, S. 37–46, hier S. 41.

51 Hielscher: *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 52.

52 Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 31.

dass mit der uneingeschränkten Unterstützung der europäischen Partner zu rechnen sei – kann gewertet werden, dass Frankreich bei den Sympathiewerten in deutschen Umfragen einen dramatischen Einbruch erlebte (und die Werte für die Sowjetunion stark anstiegen) und erst, als es zu Formen der deutsch-französischen Zusammenarbeit im europäischen Kontext zurückgekehrt war, wieder an die früheren positiven Bewertungen anknüpfen konnte.

Auch das Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarstaaten war vor und nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen Deutschland und Frankreich umstritten. Die Bundesrepublik engagierte sich früh und intensiv, um diesen Staaten – allen voran dem mit Abstand größten und bevölkerungsreichsten, Polen – den Zugang zur Europäischen Union zu erleichtern. Für Bonn war die Heranführungspolitik der ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten eine Art Europäisierung ihrer vorherigen, überwiegend bilateralen, Ostpolitik.

Das primäre Interesse Deutschlands an einer Einbindung der ostmitteleuropäischen Staaten resultierte aus einer Angst heraus, dass sich der innere Zerfallsprozess der postkommunistischen Länder nach Deutschland verlagern könnte. [...] Frankreich hingegen war weniger an einer EU-Osterweiterung interessiert, da es sich aus geostrategischen Gründen eher um eine Stabilisierung der südlichen Länder der EU bemühte.⁵³

Von allen eventuell auftretenden negativen Entwicklungen in der ehemals kommunistischen Welt – politische Instabilitäten, ökonomische Krisen, Arbeitslosigkeit und Migrationsdruck – wäre das mit der Bewältigung der Wiedervereinigung sowieso schon stark belastete direkte Nachbarland extrem herausgefordert gewesen. Neben dem Versuch, die sich zwischen Deutschland und Polen besonders krass auftuende europäische Wohlstandsgrenze durch gemeinsame Anstrengungen etwas zu reduzieren, spielte bei dem besonders starken deutschen Engagement auch die Aufarbeitung der Geschichte von Aggression, Unterdrückung und Verweigerung von Grenz- und Anerkennung eine Rolle. Das Ergebnis war: „von allen OECD-Ländern hat Deutschland Ost- und Mitteleuropa politisch, wirtschaftlich, finanziell sowie durch Ausbildungs- und Verwaltungshilfe am stärksten unterstützt“.⁵⁴ Innerhalb der EU initiierte die Bundesrepublik früh den Ausbau der institutionellen Beziehungen, förderte den Dialog auf möglichst vielen Ebenen und warb für die Bereitstellung umfangreicher Finanzmittel. Der Heranführung des postkommunistischen Polen an die EU-Stabilitätsgemeinschaft sollte auch das ‚Weimarer Dreieck‘ dienen. Es wurde schon 1991 zwischen den deutschen, französischen und polnischen Außenministern gegründet, zu einem Zeitpunkt, als die Sowjetunion noch existierte. Es sollte „der Brutkasten sein, der Polens Mitgliedschaft in NATO und EU vorbereitet. In Deutschland,

53 Hielscher: *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 72 f.

54 Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 76.

aber auch Frankreich, sahen die Polen Promotoren für ihre beschleunigte „Rückkehr nach Europa“.⁵⁵

Als ein gutes Dutzend Jahre später die Aufnahme der zehn neuen Mitgliedsstaaten in die EU erfolgte, war einerseits die langgehegte Hoffnung auf die Wiedervereinigung des Kontinents endlich Realität. Als Illusion hatte sich aber auch 2004 schon erwiesen, und weitere Beispiele sollten bald folgen, dass Dank und Anerkennung für die deutschen und auch französischen Anstrengungen zur weitgehend reibungslosen Aufnahme in die EU erfolgen würden. Einige der neuen Mitgliedsländer demonstrierten schnell ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein, betonten aus ihren historischen Erfahrungen stark anti-russische Impulse und spalteten zusammen mit einigen westlichen EU-Staaten durch ihre Unterstützung des Krieges gegen den Irak die EU so tief wie selten zuvor. Zur Zeit der Doppelherrschaft der Gebrüder Kaczyński wurden zwischen Herbst 2005 und 2007 durchaus auch erneut anti-deutsche Ressentiments mobilisiert. Der Einschätzung eines der besten Warschauer Kenner der deutsch-polnischen Beziehungen im Kontext der EU ist uneingeschränkt zuzustimmen:

Viele Spannungen der letzten Jahre sind Nachbeben des ‚big bang‘ der Osterweiterung von 2004, die noch längst nicht verdaut ist. Die Politiker sahen sie als ‚Vollendung Europas‘, sie war aber erst ein Anfang, denn eine wirkliche Erweiterung des Bewußtseins der Westeuropäer hat noch nicht stattgefunden. So vermischen sich im Westen der EU die Angst um die Besitzstände mit der alten Ignoranz und Hybris gegenüber der ostmitteleuropäischen Peripherie [...].⁵⁶

Diese Staaten bewusst zu einem Subzentrum des vereinten Europas auszubauen und sie fest in die EU zu integrieren nennt er die eigentliche Jahrhundertaufgabe.

Perspektiven des deutsch-französischen Wirkens in Europa

In den gut sechs Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg sind eine Fülle von Anstrengungen unternommen worden, den Zusammenschluss Europas voranzutreiben. Fortschritte und Stillstände, Erfolge und Krisen, Hoffnungen und Enttäuschungen lagen in dieser langen Zeitspanne oft nahe beieinander. Nicht erfüllte Erwartungen haben häufig zu neuen Anläufen geführt, enttäuschte Illusionen führten zu realistischen Neuerungen.

Das Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs war – egal, wie schwierig der Ausgleich der Interessen, das Auffinden von Kompromiss-

55 Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 86.

56 Krzemiński, Adam: *Testfall für Europa: Deutsch-polnische Nachbarschaft muss gelingen. Ein Standpunkt*, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 2008, S. 101.

lösungen, das Schnüren von wechselseitigen Zugeständnis-Paketen auch gewesen sein mag – von absolut zentraler Bedeutung für alle Fortschritte in Europa. Egal, ob es um die gemeinsame Verwaltung der Kohle- und Stahlbranche, die Herstellung eines gemeinsamen Marktes, die Einführung einer europäischen Währung oder den Aufstieg Europas zu einem gewichtigen Akteur in der Außen- und Sicherheitspolitik ging, immer war das Zusammenwirken Frankreichs und Deutschlands die wichtigste Voraussetzung für Erfolge und Fortschritte. Dabei gelang es häufig, die von Fachleuten als pure Illusion charakterisierten Projekte (die Einführung des Euro z. B.) durch gemeinsame Anstrengungen in politisch-ökonomische Realität zu verwandeln. Natürlich hat es auf beiden Seiten des Rheins eine große Zahl von falschen Hoffnungen, enttäuschten Erwartungen und nicht realisierbaren Ideen gegeben. Wenn allerdings in Europa Erfolge zu verzeichnen, Neuerungen durchgesetzt und Fortschritte erzielt worden waren, dann war immer die konstruktive Zusammenarbeit der Deutschen und Franzosen dafür unabdingbar gewesen. Daraus ist im Laufe der Zeit die Erkenntnis gewachsen, dass die jeweiligen nationalen Interessen am besten gemeinsam und zugunsten der Europäischen Union zur Geltung gebracht werden können.

Für beide Partner stellt sich keine realistische Alternative zur europäischen Integrationspolitik. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland haben die führenden politischen Akteure erkannt, dass die Durchsetzung der nationalen Interessen nur gebündelt in und mit der Europäischen Union durchgesetzt werden können. [...] Nur in aufrichtiger Kooperation können die beiden Rheinnachbarn Fortschritte in der europäischen Integration in ihrem eigenen wohlverstandenen Eigeninteresse erzielen.⁵⁷

Trotz dieser auf beiden Seiten gewachsenen Einsicht ist ein Erlahmen der Anstrengungen in Richtung Fortschritte der Integration Europas nicht mehr zu übersehen und die Frustration sowie Ratlosigkeit über die Zukunft nach drei negativen Referenden stark gewachsen. Dabei ist allen klar, dass bei vielen wichtigen Themen eine geschlossen und konstruktiv handelnde Gemeinschaft von zentraler Bedeutung wäre, seien es die Krisenregion Nahost, internationale Energie- und Wirtschaftsfragen, Flüchtlings- und Umweltprobleme oder das Verhältnis zu Russland.⁵⁸ Diese Europäische Union aber wirkt, wie Werner Weidenfeld am Ende seines historischen Überblicks über die europäische Einigung feststellt, gerade auf einem vorläufigen Höhepunkt ihres Erfolges, markiert durch die Überwindung der Spaltung des Kontinents, die Ausarbeitung eines Verfassungsvertrages, die Integration neuer Mitglieder, trotzdem erlahmt, orientierungslos und ohne Neuerungswillen.⁵⁹ Um aus

57 Woyke: *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 180 f.

58 Guérot, Ulrike: Europa wie es sinkt und lacht – Fünf Thesen für eine neue EU-Debatte, in: *Internationale Politik* 64/3 (2009), S. 52–59, hier S. 55.

dieser Stagnationsphase herauszukommen, ist es wenig hilfreich, die großen Fortschritte Europas der Vergangenheit und die wichtige Rolle Frankreichs und Deutschlands dabei zu beschwören. Bei der Bewältigung der in einer globalisierten Welt in Gegenwart und Zukunft anstehenden Herausforderungen wird ein wichtiger Beitrag des vereinten Europas erwartet. Die Mahnung und der Appell von Jean-Claude Juncker, einem der großen Europäer und in Deutschland und Frankreich hochgeschätzten Politiker, sollten deshalb auf jeden Fall beherzigt werden:

We have no right to undo what our predecessors have built up because the generations that follow will need a political Europe. If it is not political, it will lose its way. They need and want a Europe of solidarity, a social Europe, a competitive Europe, a strong Europe, both at home and in the world. So, old Europeans and convinced Europeans, let's go! Courage!⁶⁰

Literaturverzeichnis

- Baasner, Frank (Hg.): *Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Europadiskurse*, Baden-Baden: Nomos, 2008.
- Bredow, Wilfried von: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- Diot, Claire: Krisenmanagement im ehemaligen Jugoslawien: Frankreich, Deutschland und die EU in der Bewährungsprobe, in: Harth/Schild (Hg.): *Nationalstaaten*, S. 67–81.
- Guérot, Ulrike: Frankreich, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, S. 375–390.
- Guérot, Ulrike: Europa wie es sinkt und lacht – Fünf Thesen für eine neue EU-Debatte, in: *Internationale Politik* 64/3 (2009), S. 52–59.
- Hacke, Christian: *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der BRD*, Frankfurt/M., Berlin: Ullstein, 1993.
- Harth, Thilo/Schild, Joachim (Hg.): *Nationalstaaten in der EU – Identität und Handlungsmöglichkeiten. Eine deutsch-französische Zukunftswerkstatt für die politische Bildung*, Opladen: Leske + Budrich, 2003.
- Harth, Thilo/Woyke, Wichard: *Die Europäische Union konkret. Nachgefragt in zwölf Kapiteln*, Opladen [u. a.]: Budrich, 2008.
- Hielscher, Kathleen: *Die deutsch-französischen Beziehungen in der Europa-, Sicherheits- und Außenpolitik. Kontinuität und Wandel seit 1990*, Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller, 2008.

59 Weidenfeld, Werner: Europäische Einigung im historischen Überblick, in: ders./Wessels, Wolfgang (Hg.): *Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration*, Berlin: Nomos, Institut für europäische Politik, ⁹2006, S. 13–48, hier S. 46 f.

60 Zitiert in: Link, Werner: *Auf dem Weg zu einem neuen Europa. Herausforderungen und Antworten*, Baden-Baden: Nomos, 2006 (Denkart Europa 1), S. 116.

- Holst, Christian: Einstellungen der Bevölkerung und der Eliten: Vom alten zum neuen außenpolitischen Konsens?, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kaiser, Karl (Hg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 4: *Institutionen und Ressourcen*, München: Oldenbourg, 1998, S. 227–238.
- Hrbek, Rudolf: Europäische Union, in: Woyke (Hg.): *Handwörterbuch internationale Politik*, S. 96–121.
- Hummer, Waldemar: Balkankonflikt, in: Woyke (Hg.): *Handwörterbuch internationale Politik*, S. 11–38.
- Kiersch, Gerhard: Die Außenpolitik Frankreichs, in: Woyke, Wichard (Hg.): *Netzwerke Weltpolitik. Großmächte, Mittelmächte und Regionen und ihre Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, Opladen: Leske + Budrich, 1989, S. 193–215.
- Kimmel, Adolf: Frankreich und Europa nach Jalta – Welche Rolle, welcher Rang?, in: *Frankreich-Jahrbuch* 1992, S. 37–46.
- Krzemiński, Adam: *Testfall für Europa: Deutsch-polnische Nachbarschaft muss gelingen. Ein Standpunkt*, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 2008.
- Lieb, Julia: Die französische Kampagne zum Referendum über den Vertrag über eine Verfassung für Europa – Probleme mit der europäischen Wirklichkeit, in: Baasner (Hg.): *Von welchem Europa reden wir?*, S. 55–75.
- Link, Werner: *Auf dem Weg zu einem neuen Europa. Herausforderungen und Antworten*, Baden-Baden: Nomos, 2006 (Denkart Europa 1).
- Martens, Stephan: Legitim und leistungsfähig? Das deutsch-französische Tandem im erweiterten Europa, in: *Dokumente* 51/3 (2005), S. 54–60.
- Pfetsch, Frank R.: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1992. Von der Spaltung zur Vereinigung*, München: Fink, ²1993.
- Pfetsch, Frank R.: *Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Prozesse*, München: Fink, ²2001.
- Schild, Joachim: Europäischer Anspruch und nationale Differenzen: Frankreich, Deutschland und die EU in der Jugoslawienkrise, in: Harth/Schild (Hg.): *Nationalstaaten*, S. 83–93.
- Schmalz, Uwe: Europäische Union als internationaler Akteur, in: Woyke (Hg.): *Handwörterbuch internationale Politik*, S. 121–152.
- Seidendorf, Stefan: „Die Quadratur des Kreises“ oder: Wie geht Nation und Europa zusammen?, in: Baasner (Hg.): *Von welchem Europa reden wir?*, S. 33–54.
- Weidenfeld, Werner: Europäische Einigung im historischen Überblick, in: ders./Wessels, Wolfgang (Hg.): *Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration*, Berlin: Nomos, Institut für europäische Politik, ⁹2006, S. 13–48.
- Woyke, Wichard: *Europäische Union – erfolgreiche Krisengemeinschaft. Einführung in Geschichte, Strukturen, Prozesse und Politiken*, München [u. a.]: Oldenbourg, 1998.
- Woyke, Wichard: *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung: Das Tandem faßt wieder Tritt*, Opladen: Leske + Budrich, 2000.
- Woyke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch internationale Politik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, ⁹2005.
- Woyke, Wichard: Zukunft der europäischen Integration: Von den neuen oder von den alten Mitgliedern lernen?, in: Harth/Woyke (Hg.): *EU konkret*, S. 61–72.